



blickpunkt

Nr. 272
August 1993

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Schwere Geburt

Ohne Druck von unten tut sich nichts

Mehr als fünf Monate nach der Kommunalwahl liegen SPD und GRÜNE immer noch in heftigen Koalitionswehen.

In der Lokalpresse findet das des öfteren großen Widerhall, wird doch von den Verhandlungspartnern jede Etappe auf dem Weg zu einer Vereinbarung mit lautem "Hurra" gefeiert. Ein Unterhaltungswert ist gegeben, für die Bürgerinnen und Bürger ist bei alledem Vorsicht geboten. Sie werden nämlich wie immer für die "Taufgeschenke" aufzukommen haben. Die SPD will höhere Gebühren, die GRÜNEN haben - was die KITA-Beiträge angeht - schon zugestimmt. Ein gemeinsamer Antrag beider Fraktionen dazu liegt dem Parlament bereits vor. Die SPD will die Südumgehung, die GRÜNEN eine Nordumfahrung. Wie es sich zur Zeit darstellt werden wir als Preis der Koalition irgendwann zwei Umgehungsstraßen haben. Die GRÜNEN wollen einen neuen "Dritten Stadtrat" die SPD hat schon signalisiert, die Abwahl von Dirk Treber (der "Altlast" aus GBL-Zeiten) mitzutragen. Aber was, wenn es zur Abwahl nicht reicht, weil die Opposition aus guten Gründen nicht "mitspielt"? Kommt dann womöglich ein "Vierter Stadtrat" als Sozialdezernent? Und was passiert, wenn der auch nicht bringt, was sich die GRÜNEN davon versprechen?

Im Moment deutet zumindest viel darauf hin, daß SPD und GRÜNE die Koalition um jeden Preis wollen. Die SPD, damit das Feld für die Bürgermeisterwahl, vor der sie nach den Erfahrungen in Nau-

heim, Rüsselsheim und Biebesheim offensichtlich gehörigen "Bammel" haben, besser zu bestellen ist. Die GRÜNEN aus Interesse am erneuten Griff nach der "Macht", oder was ihre maßgeblichen Leute sich darunter vorstellen. Ob ihre Fraktion und ihre Wählerinnen und Wähler das alles so mittragen, wird sich zeigen. Denkbar ist auch immer noch ein Umdenken und die Orientierung auf eine Wahlzeit der politischen Vernunft mit wechselnden Mehrheiten im Parlament.
Gerd Schulmeyer

Radwege einschließlich ihrer Beschilderung sind in unserer Stadt und im Kreis Groß-Gerau immer noch zu wenig vorhanden, obwohl doch, angesichts sterbender Wälder und der unserer Gesundheit schadenden Ozonwerte, die Politiker froh sein müßten über jeden mit dem Fahrrad anstatt mit dem Auto zurückgelegten Kilometer.

*Kurz und gut - wenn die Realisierung auch lange dauert - wir sind für jeden Kilometer neuen Radweg dankbar. Die-
(Fortsetzung nächste Seite)*



Vier Sommerfeste gab es an einem Tag in Mörfelden und alle waren gut besucht. Auch beim 20. Grillfest der DKP gab es im Hof des "Goldenen Apfels" viel Spaß, eine große Tombola und interessante Gesprächsrunden. Erstmals hatte die DKP auf Musikberieselung verzichtet, was in der Nachbarschaft und von den Gästen begrüßt wurde. Allen Helfern, die sich unermüdlich für das Gelingen des Grillfestes einsetzten und allen Besuchern, sagen wir auch an dieser Stelle herzlichen Dank.

(Fortsetzung von Seite 1)

ser Tage wurde nun - seit 15 Jahren im Gespräch - das 2,4 km lange Reststück zwischen Schützenhaus und Mönchbruch, der Radwegeverbindung zwischen Mörfelden und Rüsselsheim, offiziell der Bestimmung übergeben. Viel Prominenz - sie läßt sich ja solche Anlässe nicht entgehen - war anwesend. Außer den obersten Technikern beim hessischen Straßenbauamt, und Vertretern der Firmen, waren da noch erschienen zwei Landtagsabgeordnete (Schlappner und Haselbach), erster Kreisbeigeordneter Baldur Schmitt, Stadtverordnetenvorsteher Kurt Oeser, Bürgermeister Brehl mit Begleitung aus dem Vorzimmer, dem Hauptamt und dem Bauamt, der gesamte Magistrat und einige Stadtverordnete, sowie die Presse.

Es war schon peinlich, jeder wäre gern der Vater des seit 15 Jahren in den Schubladen der Beamten schlummernden Radweges gewesen. Brehl hatte extra den SPD-Landtagsabgeordneten Martin Schlappner aus Rüsselsheim eingeladen, weil sich dieser öfters nach dem Weg bei ihm erkundigt habe, wo er doch besser im Landtag sich dafür eingesetzt hätte. Der Weg verläuft nämlich entlang einer Bundesstraße, somit Sache des Bundes, der dafür das Geld dem Land zur Verfügung stellt. Die Kosten betragen 450 000 Mark. Schlappner durfte dann gemeinsam mit Baldur Schmitt und dem Straßenbauamtsmann Heesen, das rotweiße Band durchschneiden, bevor Bernhard Brehl sich als erster auf den Sattel schwang.

Man könnte über so viel Aufhebens lachen und es kommt einem der Gedanke: "Was hätten die alle an dem Tage noch schaffen können und was kostet das bei deren Gehältern?"

Wenn sich die Berufs-Politiker auch noch so sehr gegenseitig loben und auf die Schulter klopfen, die Bürger wissen es besser. Ohne Druck von unten tut sich nichts. Die DKP-Fraktion und ihr Vertreter im Magistrat, hatten die Verbesserung der Radwegesituation bereits vor Jahren zu ihrer Forderung gemacht. Gerade zu dem nun fertiggestellten Weg standen mehrere Artikel und Leserbriefe im "blickpunkt", der im übrigen allein 1992 in 7 Ausgaben zu der Misere Radwege und Abstellplätze Stellung nahm.

Heinz Hechler

"KITA-Sofortprogramm" beschlossen

In der letzten Sitzung vor der Sommerpause hat das Stadtparlament ein "KITA-Sofortprogramm" für Mörfelden-Walldorf beschlossen. Die Fraktion der DKP/Offene Liste, die mit ihrem Antrag in der April-Sitzung das Thema "angeschoben" hatte, hat gegen die Parlamentsvorlage gestimmt. Zum Abstimmungsverhalten gab der Fraktionsvorsitzende Gerd Schulmeyer zu Protokoll:

"Die Fraktion DKP/Offene Liste stimmt in Konsequenz der mehrheitlichen Ablehnung ihres Änderungsantrags zu 11/62.1 (der zur Abstimmung gestellten Beschlußvorlage/GS) gegen die Magistratsvorlage in der durch Änderungsantrag von SPD und GRÜNEN geänderten Fassung. Ihre grundsätzliche Befürwortung eines "Sofortprogramms" und die positive Bewertung einiger Ansätze in der Drucksache hat die DKP/OL in der Aussprache deutlich gemacht und erklärt, daß sie daran auch bei erfolgter Ablehnung der Drucksache selbstverständlich festhält und bei deren Umsetzung mitarbeiten wird."

Allen Eltern, Erzieherinnen und KITA-Leiterinnen, die mit großem Engagement an der Erarbeitung des Sofortprogramms mitgearbeitet haben und die mit ihren Diskussionsbeiträgen, Vorschlägen und Aktionen zur Sache starken Einfluß auf die Entscheidung des Parlaments genommen haben, sei hiermit noch einmal gedankt und angeraten, im Interesse der Kinder und im eigenen Interesse mit dem gleichen Einsatz weiterzuarbeiten. Die Umsetzung des Beschlusses zur schnellen Schaffung von 125 Kindergartenplätzen in unserer Stadt und anderer Maßnahmen in diesem Bereich muß ständiges Thema bleiben. Dazu wollen wir nach unseren Möglichkeiten im Parlament und außerparlamentarisch beitragen. Wir gehen davon aus, daß unser Abstimmungsverhalten in der Öffentlichkeit und vor allem im Kreis der "Betroffenen" als Signal der erklärten Opposition gegen alle Versuche, die Qualität der Arbeit in den Kindertagesstätten zu verschlechtern, verstanden worden ist.

Diesen Weg werden wir auch weiterhin verfolgen.

Umfaller

Letzte Stadtverordnetensitzung vor der Sommerpause. Auf dem Tisch liegt überraschend ein SPD-Grüne-Papier, wonach noch am gleichen Abend eine drastische Erhöhung der Kindergartengebühren durchgesetzt werden soll. Genau fünf Tage vorher hatten die gleichen Grünen mitbeschlossen: "Der Erhöhungsantrag wird nicht behandelt."

Aber so ist das - die Koalition rückt näher - da wirft man auch über Nacht einen Beschluß über Bord.

Die Gebührenerhöhung wurde dann trotzdem verschoben, weil formale Bedenken auftauchten. In der Diskussion um Kindergartenplätze und Gebührenerhöhungen sagte Rudi Hechler u.a.:

"Die DKP hat in den vergangenen Jahren mehrmals das Thema Kita-Plätze thematisiert. Auf Anfragen wurden wir meist beschwichtigt - "alles palletti" konnte man meinen. Aber es gab da schon große Versäumnisse in der Planung neuer Kita-Plätze.

Trotzdem gab es in der Wahlzeit hier in Mörfelden SPD-Plakate und Anzeigen: "Wählt uns, die Kindergarten-Partei!" Gleich nach der Wahl gab es die Pressemitteilung des Bürgermeisters.

Inhalt: Die Katastrophe ist da!

Darauf nutzten wir die konstituierende Sitzung dieses Parlaments und machten die Platznot zum Thema, der Stein kam ins Rollen - heute können wir konkret über Verbesserungen diskutieren.

Ein paar Sätze zu den vorgesehenen Gebührenerhöhungen:

Wir waren gegen die Schnürung eines Paketes - wir konnten uns nicht vorstellen, die Erhöhungen heute zu behandeln

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung von Seite 2)

- wenn die Zahlen noch nicht einmal im Sozialausschuß diskutiert wurden. Überhaupt - und da sind wir uns doch hoffentlich einig - Erhöhungen von Kita-Gebühren sind nicht mit anderen Gebührenerhöhungen zu vergleichen - da liegt schon sozialer Sprengstoff drin.

Immerhin - die meisten der Stadtverordneten sind oder waren ja mal sicher der Meinung, daß solche Kindereinrichtungen eigentlich wie Schulen kostenlos sein müßten, weil sie einen Bildungsauftrag haben.

Über diese Bedenken will man sich jetzt hinwegsetzen und die Grünen machen mit. Mit ihrem Umfallen haben sie die Eintrittskarte für die Koalition gekauft und dabei die Unschuld verloren."

Ausgesorgt

Ex-Innenminister Seiters (55) hat ausgesorgt. Er erhält bis Oktober sein Gehalt von 22182,70 DM. Anschließend kassiert er 30 Monate lang als "Übergangsgeld" die Hälfte dieser Bezüge, abzüglich 50 % seiner Abgeordnetendiäten macht 5925,65 DM; außerdem fließen die übrigen Diäten sowie die Aufwandsentschädigung von knapp 6000 DM monatlich weiter. Damit erhält er insgesamt ein "Nettoübergangsgeld" von 262094,55 DM - und ab sofort ein Ruhegehalt von 6432,98 DM. Nicht weniger schlecht steht sich Ex-Generalbundesanwalt von Stahl (55). Er bekommt sein volles Gehalt - 14 719,53 DM - drei Monate lang weiter und dann fünf Jahre 75% davon, also 11039,64 DM.

Zum Thema: Sparen

Demnächst steht also die Erhöhung der Kita-Gebühren erneut auf der Tagesordnung. In den Debatten wird dann wieder viel vom Sparen geredet. Außer der "DKP/ Offene Liste" wird wohl niemand sagen wo wirklich gespart werden kann.

Beispiele:

Bei den großen Banken und Konzernen erhalten die Spitzenmanager unvorstellbar hohe Gehälter.

Doch manche Politiker und Beamte können auch ganz gut mithalten.

Der Bundeskanzler bekommt monatlich 26.442 Mark, ein Bundesminister 23.008 Mark, ein Parlamentarischer Staatssekretär in Bonn 17.273 Mark. Ein Ministerpräsident erhält 21.964 Mark, ein Landesminister 20.378 Mark, sein Staatssek-

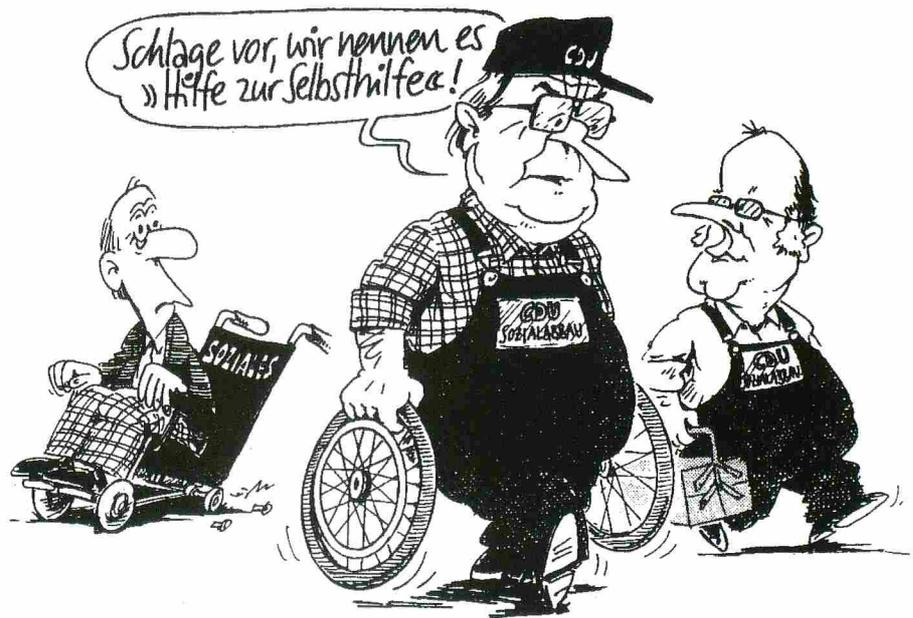
retär 18.778 Mark. (Als Bemessungsgrundlage alle verheiratet)

Der Chef des Bundeskriminalamtes und der des Bundesamtes für Verfassungsschutz haben gleiche Bezüge: 13.575 Mark.

Ein Richter am Bundesverfassungsgericht (verheiratet) 17.301 Mark. Ein Richter beim Bundesgerichtshof 11.611 Mark. Ein Bundeswehrgeneral 11.305 Mark.

Aus Tarifverträgen kann man dann noch entnehmen, was ein Bürgermeister, ein Erster Stadtrat, ein weiterer Stadtrat und vielleicht auch noch ein zusätzlicher Stadtrat verdient. Man kann aber auch nachlesen, wieviel ein einfacher Arbeiter, eine Sekretärin im Rathaus oder eine Erzieherin am Monatsende bekommt.

Man merkt schnell, daß es einfach ist, vom Sparen zu reden oder Gebührenerhöhungen vorzuschlagen, wenn man in der Skala weiter oben angesiedelt ist.



150 Milliarden!

Im Juli-"blickpunkt" veröffentlichen wir eine Aufzählung des DGB: "Wo gespart werden kann."

Ein aufmerksamer Leser wies uns daraus hin, daß ein wichtiger Posten in der Liste fehlt, die Steuerhinterziehung. Der Mann hat recht.

Bei Arbeitslosen und Sozialhilfeemp-

fängern wird nach "Mißbrauch" gefahndet, während der ganz große Betrug stillschweigend weiter geduldet wird: Jahr für Jahr gehen 100 bis 150 Milliarden DM durch Steuerflucht und -hinterziehung verloren, ohne daß begonnen wird, diesen Mißbrauch zu bekämpfen. - Und das Füllhorn für die Unternehmer ergießt sich so reichlich, daß manche Konzerne (wie Daimler-Benz) mehr Geld an Subventionen erhalten als sie Steuern bezahlen.

"Noch ist das Scheitern der Vorstellungen des Karl Marx uns hierzulande so nahe, daß ihre Wiederauferstehung undenkbar erscheint. Aber mit dem Ende des Kommunismus ist die Welt ja nicht gerechter geworden... Es ist doch anzunehmen, daß es schon bald kluge, gebildete Menschen gibt, die das nicht hinnehmen wollen ... Da könnte dann Marx eine neue Chance haben."

"Rheinische Post" am 5. Mai 1993 zum 175. Geburtstag von Karl Marx



"Er gehört zum Mörfelder Inventar!"

Am 18. Juli 1993 wurde Pfarrer Karl-Heinz Geil verabschiedet. Zahlreiche Vertreter der Öffentlichkeit, der Kirchen, der bei der Ev. Kirche Beschäftigten sagten Dankesworte. Für die DKP übermittelte Rudi Hechler beste Wünsche für die Zukunft. Er sagte u.a.:

"Lieber Karl-Heinz Geil
Für dich gilt der Satz, der gestern in der Zeitung stand: "Er gehört zum Mörfelder Inventar."

Bei der Feier für Kurt Oeser bin ich auf das vergangene spannungsvolle Verhältnis Arbeiterbewegung - Kirche in unserer Kommune eingegangen.

Ich denke, wir sind alle froh, daß diese Konfrontationszeit vorbei ist.

Heute stehen viele Pfarrer engagiert in den großen sozialen Auseinandersetzungen, im Kampf um ein friedliches Miteinander, im Einsatz für die Rettung der natürlichen Umwelt.

Shakespeare fragt im Hamlet: "Ob's edler im Gemüt - die Stein' und Schleudern des wütenden Geschicks erdulden - oder sich wappend gegen eine See von Plagen durch Widerstand sie enden?"

Du hast dich - in den Auseinandersetzungen unserer Tage - nicht fürs Dulden entschieden, du hast engagiert dazu gehört - das brachte Nähe und Vertrautheit. Die Jahre deines Hierseins waren oft gemeinsame Jahre.

Die große Bewegung gegen die Notstandsgesetze, der Vietnamkrieg, Pinochet in Chile. Viele wurden in dieser Zeit politisiert und engagiert.

Wenige Jahre später war es der Kampf gegen die Startbahn-West - von dem in unserer Stadt eigentlich jeder irgendwie berührt wurde.

Als man die Startbahn betoniert hatte, gab es viele tiefe, innere Verletzungen - und manche der Narben brennen heute noch.

In den großen Bewegungen der letzten zwanzig Jahre erlebten wir dich engagiert, zusammenführend und rastlos.

Brecht schrieb da den Satz, der für Christen und für Nichtchristen gilt:

"... sorgt doch, daß ihr die Welt verlassend nicht nur gut wart, sondern verläßt eine gute Welt!"

Der Kampf für eine gute, eine bessere Welt bleibt uns.

Es lohnt sich auch, lieber Karl-Heinz, sich an diese Zeit zu erinnern, die Startbahnbücher durchzublätern, Fotos zu betrachten.

Doch die Zeit vergeht schnell und die neue Zeit ist nicht besser.

1980 hatten wir den Hungerstreik im Rathaus Mörfelden, heute kämpfen die Kalikumpel von Bischofferode mit einem Hungerstreik um ihre Arbeitsplätze. Die Welt wurde auf den Kopf gestellt, alles hat sich verändert und nichts hat sich

verändert. Der Hunger wächst, es gibt neue Kriege, anschwellender dumpfer Nationalismus und täglich neue ökologische Katastrophen.

Auch bei uns: wachsende Armut, schreiende Ungerechtigkeiten, Ausländerfeindlichkeit, ein verändertes Asylrecht und ein verbogenes Grundgesetz, Kanther als Innenminister - und wieder mal ziehen deutsche Soldaten hinaus in die Welt.

Kann man da ruhig sein - kann man da schweigen?

Ich glaube, man muß sich weiter einmischen - jeder nach seinen Möglichkeiten - jeder nach seiner Kraft.

Norbert Blüm sagte mal vor ein paar Monaten: "Marx ist tot - Jesus lebt!"

Wenn wir uns die heutige Welt ansehen, dann können wir davon ausgehen, auch Marx lebt, weil er als Ratgeber für die Zukunft der Menschheit gebraucht wird. Heute präsentiert sich der Kapitalismus als Endstadium der Entwicklung der Menschheit.

Angesichts der Weltprobleme, so glauben wir, ist es absurd anzunehmen, die Menschheit würde sich mit diesem Endstadium zufrieden geben.

Ich persönlich bleib' da bei Heinrich Heine:

*"Ein neues Lied, ein bessere Lied,
O Freunde, will ich Euch dichten!
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten."*

Lieber Karl-Heinz
vielleicht waren für einige meiner Worte zu politisch. Ich glaube, flache Belanglosigkeiten hättest du mir eh nicht abgenommen.

Wie weiter?

"Man kann dich nicht von Hundert auf Null" bremsen schreibt die "Frankfurter Rundschau". So isses!

Wir wünschen Dir Gesundheit. Wir werden noch gebraucht."

Die DKP Mörfelden-Walldorf überreichte Pfarrer Geil eine Urkunde mit der Zusage, daß er den "blickpunkt" auch in seiner neuen Wohnung in Groß-Gerau immer erhält.

*Degenhard, Kittner,
die Puhdys, und, und, und . . .
Wo? Auf dem UZ-Pressfest
Wann? 25.-26. September*

Bischofferode - Lehrstück für das "neue" Europa

Inmitten der hungerstreikenden Kumpel, ihrer Angehörigen, Freundinnen und Freunde kann man fast vergessen, daß es hier um die Existenz einer ganzen Region geht. Voller Kraft, Humor und Zuversicht sind die Gespräche, dabei nicht laut, sondern eher bedacht, aber immer im deutlichen Bewußtsein dessen, was die Männer und Frauen des Kaliwerkes Bischofferode und ihre MitstreiterInnen bis heute schon alles in Bewegung gesetzt haben.

Fragen, was wohl sein wird, wenn die Grube doch dicht gemacht wird, werden nicht zugelassen: „Das werden wir dann sehen. Jetzt haben wir wichtigeres zu tun, als darüber zu spekulieren.“

Tatsache ist, daß die angekündigte Fusion des Treuhandbetriebes Mitteldeutsche Kali AG (MDK) mit der BASF Tochter Kali und Salz AG eine Reihe von wichtigen Fragen aufwirft:

Warum soll ein Werk plattgemacht werden, dem ein Gutachter aus der Schweiz im Auftrag der Thüringer Landesregierung gute Lebenschancen bescheinigt?

Warum sollen 18% Salz im Stein unrentabel sein, wo die Gruben im Westen nur 8- max.12% Salz aufweisen ?

Warum sollen mit Steuermitteln der Treuhand drei Jahre lang 90% sämtlicher Verluste der fusionierten Kali-Industrie (und dann 85% und 80%) ausgeglichen werden ?

Warum ist es der Treuhand laut Fusionsvertrag verboten, diesen offensichtlich lebensfähigen Betrieb aus diesem Vertrag herauszunehmen und zu privatisieren - ein Interessent und Investor ist da?

Warum ist der Fusionsvertrag ein gutgehütetes Geheimnis?

Und warum haben die Abgeordneten im Treuhandausschuß in Unkenntnis dieses Fusionsvertrages zugestimmt ?

Es gibt noch viel mehr Fragen. Mir scheint es nur eine plausible Antwort darauf zu geben: Durch die Monopolisierung der



Solidarität mit den Kali-Kumpeln

Auf dem Grillfest der DKP Mörfelden-Walldorf gab es eine Solidaritätsaktion mit den Kali-Kumpeln der von der Schließung bedrohten Grube in Bischofferode. Zahlreiche Unterschriften und 382,- DM, die sich im Spendentopf befanden, wurden dem Betriebsrat der Thomas-Müntzer-Schachtanlage übermittelt.



Kalierzeuger schafft sich die BASF eine europäische Vormachtstellung auf dem Gebiet der kaliverarbeitenden Industrie und schaltet zugleich die Konkurrentinnen aus, die gerade das Kali aus Bischofferode brauchen. Indem weiterhin sämtliche Verluste der Kali und Salz AG zu 80-90% aus Steuermitteln aufgefangen werden, kann die BASF ihr Kali zu Dumpingpreisen einkaufen (die Verluste tragen ja fast ausschließlich die SteuerzahlerInnen). Aber die Gewinne aus der neugewonnenen Spitzenstellung am Markt streichen die Konzernmutter und ihre Aktionäre ein.

Bleibt noch die Frage, warum die Kumpel keine Unterstützung ihrer Gewerk-

schaft, der IGBE, bekommen? Könnte es daran liegen, daß die Gewerkschaftsbosse angesichts ihrer Machtstellungen vergessen haben, wo die Quelle ihrer Kraft fließt? Die Kumpel jedenfalls wissen, wie stark sie sind. Und die breite Solidarität - vor allem von Menschen aus den Neuen Bundesländern - beweist: Einen derartigen industriellen Kahlschlag lassen sich die Menschen nicht mehr widerstandslos gefallen.

Der Kampf hat gerade erst begonnen.

Michael Schwenn
Langstraße 67, 64546 Walldorf
Telefon 061 05-42219

Die Angst wächst

Auch in unserer Stadt haben Ausländer Angst und diese Angst wächst täglich. Täglich gibt es Vorkommnisse, auch in Mörfelden-Walldorf, die diese Angst berechtigt erscheinen lassen. Es ist nicht nur das Auftreten der Neonazis im Kreistag, es sind nicht nur die Unterschriftenaktionen gegen Flüchtlinge und Asylbewerber, es sind die vielen kleinen Nadelstiche im Alltag.

Da will man einem Schwarzen im Bahnhof keine Fahrkarte verkaufen ("der soll erst mal deutsch lernen"), da lehnt ein Zahnarzt eine Behandlung ab. Wenn man das Thema anspricht, heißt es oft: "Ich hab nichts gegen Ausländer, aber . . ."

Eine Studie von 1980 stellte bei ca. 13% der BRD-Bevölkerung ein geschlossenes rechtsextrêmes Weltbild fest. Mit anderen Worten: Für faschistisches und rechtsextrêmes Gedankengut war die Basis immer vorhanden. So waren nach der Wiedervereinigung rechtsextrême Einstellungen nicht einfach plötzlich da, sondern sie sind nie verschwunden gewesen. Seit 1990 kam es zu zahlreichen Anschlägen gegen Flüchtlingsheime. Viele Ausländer wurden bei uns ermordet. Die Zahl der ausländerfeindlichen Straftaten ist nun 1993 sprunghaft angestiegen. Von Januar bis Juni wurden mehr als 3350 Straftaten gegen Ausländer verübt. Das sind mehr als doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum 1992. Da darf man nicht zur Tagesordnung übergehen. Die Stimmung ist trotz Lichterketten, zahlreicher Appelle und Demonstrationen gegen Rassismus und Rechtsextrémismus nicht gekippt. Rechtsradikale Haltungen, die sich gewalttätig in den Angriffen auf Flüchtlinge und AusländerInnen manifestiert hatten, haben auch in parlamentarischer Form Einzug in die Stadt- und Kreisparlamente gehalten, wie die furchtbare Kreistagssitzung in Groß-Gerau belegt. Heute gehören nicht nur Flüchtlinge zu den Opfern rechter Gewalt, auch AusländerInnen, die schon lange hier leben, Deutsche, die fremd genug aussehen, Jüdinnen und Juden, Behinderte, Homosexuelle, Obdachlose, Linke, also schlichtweg alle, die nicht in eine scheinbare Norm passen, sind gefährdet. Flüchtlinge sind allerdings die mit am stärksten bedrohte Gruppe, da sie zugleich zu einer der sozial schwächsten gehören und außerdem in den Medien permanent mit

negativen Werturteilen abqualifiziert werden. So ist auch in liberalen Zeitungen häufig das Wort "Asylantenflut" zu lesen. Es wird damit suggeriert, die Flüchtlinge bedrohten die in der BRD lebenden (deutschen) Menschen. Dabei zeigen die Anschläge und die Toten, daß es genau umgekehrt ist! Erstaunlich ist, mit wieviel Verständnis die Täter bedacht werden: Sie werden oft als fehlgeleitete, perspektivlose Jugendliche, als Einzeltäter ohne rechtsextrémen Hintergrund beschrieben. Organisierte rechtsradikale Zusammenhänge werden dabei hartnäckig übersehen. So bleibt dann die These übrig, daß die jugendlichen Täter Modernisierungsoffer seien, an den Rand gedrängte Menschen ohne Arbeit und Perspektive. Das gilt dann quasi als Entschuldigung dafür, daß sie in ihrem Frust Flüchtlingsheime abfackeln. Damit werden Täter zu Opfern gemacht. Auch der Sprachgebrauch ist verräterisch. In der Diskussion über die Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes war die Rede von einem Asylantenproblem - ein Rechtsextrémenproblem schien dagegen lange Zeit nicht zu existieren. Von daher verwundert es nicht, daß die Politik der etablierten Parteien darin besteht, den Rechtsextrémismus dadurch bekämpfen zu wollen, daß man genau seinen Forderungen nachgab - nämlich der Aushöhlung des Artikels 16, die praktisch seiner Abschaffung gleichkommt. Flüchtlinge als Angehörige einer der schwächsten Gruppen in der Gesellschaft werden stellvertretend zu Sündenböcken für die soziale Misere gemacht - als ob sie diejenigen wären, die Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und wachsende Armut verursacht

hatten. Sie sind nicht dafür verantwortlich, daß z.B. ABM-Maßnahmen gestrichen wurden, daß der soziale Wohnungsbau unter der christlich-liberalen Regierung immer mehr ausgedünnt wurde, daß es seit diesem Jahr ein leichtes ist, Mietwohnungen in teure Eigentumswohnungen umzuwandeln. Man sollte erkennen und es auch deutlich sagen: Flüchtlinge sind Opfer politischer Verfolgung, wirtschaftlicher Verarmung, ökologischer Katastrophen, die durch die Ressourcenverschwendung und den Schadstoffausstoß der Industrienationen mit verursacht werden, sie sind Opfer von Kriegen und Bürgerkriegen, in denen Waffenlieferungen der Industriestaaten eine entscheidende Rolle spielen. Folgerichtig können die Forderungen nur heißen: Die Fluchtursachen bekämpfen und nicht die Flüchtlinge!



"Die Reps haben sich als Neonazis enttarnt, seit Montag wissen wir, was sich hinter der biedermeierischen Maske der sogenannten Republikaner verbirgt: Es ist die Gesinnung der Nationalsozialisten, die Sprache des 'Stürmers' und das Gedankengut der Brandstifter", heißt es in einer Erklärung des Landrates und der SPD-Kreistagsfraktion.

Vorausgegangen war eine schlimme Sitzung des Kreistages, auf der Republikaner-Chef Skibba sich mehr als entlarvte. Unter anderem drohte er Zwischenrufern: *"... mit solchen Leuten wissen wir umzuspringen, wenn es soweit ist!"*

Antifaschisten sollen vor den Kadi

Gegen die fünf Mitglieder der Stadtverordnetenfraktion der DKP/Offene Liste in Mörfelden-Walldorf und ihr ehrenamtliches Magistratsmitglied ermittelt die Kripo.

Grund: sie hatten vor der Kommunalwahl ausländische Plakate der "Republikaner" mit der Aufforderung "Keine Stimme den neuen Nazis!" übermalt und dabei ein Flugblatt verteilt.

Nach einer Anzeige des "REP"-Kreisvorsitzenden Skibba wird es wohl demnächst zu einer Gerichtsverhandlung kommen.

Die Teilnehmer an der Aktion halten die Behinderung eines Wahlkampfes, der Fremdenhaß und Rassismus propagierte, auch heute noch für berechtigt.

Das jüngste Auftreten der "REP" im Kreistag Groß-Gerau sollte auch den letzten die Augen über die neonazistische Rolle dieser Partei geöffnet haben. Wenn sich 1933 nicht wiederholen soll, dann muß entschiedener als seither gegen Neonazis vorgegangen werden.

Wieder Wilhelm-Hammann-Schule in Erfurt?

Vor zwei Jahren wurde in Erfurt die Wilhelm-Hammann-Straße umbenannt.

Der Kommunist Hammann war der erste Landrat nach 1945 in Groß-Gerau und wurde in Israel hochgeehrt, da er im KZ Buchenwald 159 jüdische Kinder vor dem Tode rettete.

Die DKP setzte sich in Erfurt energisch dafür ein, daß wieder eine Schule nach Wilhelm-Hammann benannt wird.

Jetzt erhielten wir Post vom Magistrat aus Erfurt:

"... ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß auf Grund eines offenen Briefes an alle Schulleiter der Stadt Erfurt zwei Anträge auf Bestätigung des Schulnamens 'Wilhelm Hamann' vorliegen." Da können sich die Verantwortlichen im hiesigen Landratsamt ruhig eine Scheibe davon abschneiden.

Es sind noch Bücher da . . .

Sieben Bücher hat der "blickpunkt" in den letzten Jahren herausgebracht. Sechs sind ausverkauft, das letzte Buch "Mörfelden gestern" ist noch vorrätig und kostet jetzt 10,- DM. Mit 163 seltenen, großformatigen Fotos, und dem Dialektwörter-Verzeichnis "Merfeller Gebabbel" bleibt das Buch ein tolles Geschenk.

Erhältlich ist das Buch bei:

Gerd Schulmeyer
Wolfsgartenstr. 2
Tel. 2 33 66

Rudi Hechler
Hochstr. 22
Tel. 2 23 62

Rudolf Dötsch
Schumannstr. 3
Tel. 31 66

Heinz Hechler
van Dyck-Str. 46
Tel. 33 35

Wie gesagt: Es sind noch Bücher da . . . noch!

Behindertenparkplatz

Eine Nachbarin des Altenhilfezentrums in der Schubertstraße sprach uns an wegen fehlender Behindertenparkplätze vor dem Gebäude. Sie erzählte von einem gehbehinderten Herrn, der sich schimpfend und quälend zum Therapeutikum schleppte.

Es findet in der Nachbarschaft täglich ein Parkchaos statt. Autos stehen gesetzwidrig auf den Bürgersteigen, im Kurvenbereich, vor Ausfahrten... Die Anwohner hatten auf einer Informationsveranstaltung in der Planungsphase des Hauses darauf hingewiesen.

Brehl äußerte, daß die Heimbewohner wohl keine Autos hätten und in naher Entfernung auf dem Festplatz genügend Parkplätze zur Verfügung stünden. Das stellte er richtig fest, doch die Besucher, Zulieferer und die Beschäftigten kommen meist mit dem Auto und scheuen den dreiminütigen Fußweg.

Das Therapeutikum im Hause ist nicht nur für die Heimbewohner, sondern auch für die Allgemeinheit. Viele dieser Patienten sind in ihrer Bewegung eingeschränkt. Zumindest sollten für Behinderte zwei Parkplätze vor dem Hause umgewidmet werden meint die Nachbarin und auch wir.

RD

Gemeinschaftsraum im Altenwohnheim

Das Altenwohnheim in der Heidelberger Straße wird aufgestockt und erhält ein Giebeldach. Zehn weitere altengerechte Wohnungen entstehen. Mit diesen Baumaßnahmen wird ein Aufzug und ein Gemeinschaftsraum entstehen. Letzteren hatte die DKP schon zweimal in Anträgen gefordert, doch die Mehrheitsfraktion und der Bürgermeister hatten dies einhellig abgelehnt: Zu teuer, verminderter Wohnraum, nicht nötig und nicht gewünscht... Gar eine Bewohnerumfrage wurde präsentiert, um das Ansinnen der Kommunisten zu verhindern. (Man kann eine Frage auch so stellen, wie man die gewünschte Antwort haben will!) Nun wurde den Stadtverordneten ein Sachbericht vorgelegt, der genau das Gegenteil beinhaltet. Aus dem Nähkästchen plauderte der Bürgermeister als er sagte, daß bei einer Geburtstagsfeier ihm der Wunsch nach einem Gemeinschaftsraum vorgebracht wurde. Also doch - es gibt den Wunsch nach einer Möglichkeit, eine Feier für bis zu 40 Personen im Hause auszurichten, eine Möglichkeit für Zusammenkünfte zur Kommunikation und Gemeinsamkeit. Wir freuen uns für die Bewohner für die Aufwertung ihres Heims.

RD

Stadtgeschichten



“Alle mol herkomme” wird der Fotograf damals gerufen haben, als er etwa im Jahre 1914/15 das Bild in seinen Kasten bannte. Vor bald 80 Jahren hatte er sicher keine Mühe, die 25 Personen, darunter 18 Kinder, in Aufstellung zu bringen. Auch die kleinsten Häuschen bargen damals kinderreiche Familien.

Das Bild zeigt einen Ausschnitt aus dem Leben im Dorf Mörfelden mit Blick in die Frankfurter Straße. Links die Gaststätte “Frankfurter Hof”, Gartenwirtschaft und Kegelbahn, noch mit Eingang in der Frankfurter Straße. Rechts das Anwesen (Haus mit Scheune) des früheren Mörfelder Bürgermeisters Heinrich Acker (von 1915 - 1924). Vor der Scheune ist noch die alte Dorfpumpe und an der Ecke, über dem Wegweiser (Groß-Gerau 9,5 km und Langen 8,5 km) die Gaslaterne zu sehen. Zu erwähnen ist auch das Bruchsteinmauerwerk von Haus und Scheune aus roten Sandsteinen der Langener Steinbrüche.

Vier erwachsene Personen auf dem Foto sind namentlich bekannt. Es sind von rechts, der junge Mann mit dem schwarzen Anzug, Ludwig Acker, daneben mit ihrem Milchkarren Luise Kemmler geb. Acker (Milch-Luwies) und hinter ihrem Drückwagen ihre beiden Schwestern Lorchen und Berta.



UZ Zeitung
der DKP

**Probeexemplare
bestellen!**

Hoffnungstraße 18,
45127 Essen

Das traditionelle
UZ-Pressesfest findet
bald im Bottroper
Volkspark
Batenbrock statt.

Auch aus unserer Stadt
wollen zahlreiche
Bürgerinnen und Bürger das
Fest besuchen.
Von Mörfelden-Walldorf
fährt ein Bus.

**UZ-Pressesfest
25.-26.
September
1993
Bottrop**

Wer mitfahren will,
kann sich melden bei:
Gerd Schulmeyer,
Wolfsgartenstraße 2,
Tel. 23366

